

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/103: 01.01.1870 – 31.12.1870

Gliederung (im Überblick):

01.	Erster Weltkrieg - Ostkrieg - Westkrieg -Mittelmächte (Verbündete des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg) -Ententemächte (Gegner der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg)
02.	Deutsches Reich (am 18. Januar 1871 gegründet, ab 23./24. März 1933 aktiver und passiver Widerstand gegen den NS-Terror) NS-Regime (ab 23./24. März 1933 Errichtung eines gesetzlosen Terrorstaates) - Österreich-Ungarn (bis 1918)
03.	Nordeuropa - Dänemark - Norwegen - Schweden - Finnland
04.	Ostmitteleuropa - Estland - Lettland - Litauen - Polen - CSR (Ceskoslovenska Republica bzw. Tschechoslowakei, 1918 gegründet)
05.	Osteuropa - Ukraine - Rußland (ab 1918 Sowjet-Rußland, seit 1922 UdSSR)
06.	Südosteuropa - Ungarn - Serbien (ab 1918 Jugoslawien) - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Osmanisches Reich (ab 1923 Republik Türkei)
07.	Südeuropa - Italien - Spanien - Portugal

08.	Westeuropa - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien (bis 1921 einschließlich Irland) - Irischer Freistaat (1922 gegründet, ohne Nordirland)
09.	Amerika - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
10.	Asien
11.	Afrika
12.	Australien

1870

Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!

Wilhelm I. (1797-1888, deutscher Kaiser: Nach dem Sieg bei Sedan im Jahre 1870)

Norddeutscher Bund: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1870-1871 (x804/901-905): >>(Deutschland) ... Die Reichstags-session, die am 14. Februar 1870 eröffnet und am 26. Mai geschlossen wurde, förderte nach Kräften das Werk des Ausbaues und der Festigung des deutschen Bundesstaates, indem das Strafgesetzbuch, ein Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Subvention der Gotthardbahn genehmigt wurden; selbst das Zollparlament schwang sich zu dem Beschluß auf, die Münzreform für eine Zollvereinsangelegenheit, also eine allgemein deutsche, zu erklären, allerdings unter pathetischem Einspruch der süddeutschen Fraktion gegen diese Kompetenzüberschreitung.

Im Reichstag kam auch die Union mit den Südstaaten wieder zur Sprache, indem der Abgeordnete Lasker ... Badens Aufnahme in den Norddeutschen Bund in Anregung brachte. Bismarck machte dagegen geltend, daß man auf Bayern und Württemberg keine Pression ausüben dürfe, indem man das ohnehin schon national gesinnte Baden von ihnen trenne; es sei nicht gut, den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.

In der Tat sammelten 1869 und 1870 alle Gegner der Entwicklung von 1866 im Süden noch einmal ihre Kräfte, um den nationalen Bestrebungen, die auch in den Regierungen Bayerns und Württembergs zum Durchbruch kamen, den Boden zu entziehen.

Bei den Neuwahlen für das bayerische Abgeordnetenhaus am 22. Mai 1869 errangen die mit Partikularisten und Demokraten verbündeten Ultramontanen die Majorität (79 gegen 75 Stimmen), und als wegen des fast gleichen Stimmenverhältnisses beim Zusammentritt der Kammer im September keine Präsidentenwahl zustande kam und dieselbe aufgelöst wurde, behaupteten die Ultramontanen bei der Neuwahl mit 80 gegen 74 Stimmen den Sieg. Unter diesen Umständen mußte der national gesinnte liberale Ministerpräsident Fürst Hohenlohe weichen, und der partikularistische Graf Bray trat am 7. März 1870 an seine Stelle; von ihm war keine weitere Annäherung an den Norden zu erwarten.

Noch heftiger gebärdete sich die antinationale Volkspartei in Württemberg, die im Bund mit Ultramontanen und Partikularisten die Majorität in der Kammer besaß. Sie zwang durch ihre

Opposition gegen das von der Regierung vorgelegte Kriegsdienstgesetz, gegen welches sie eine Petition mit 150.000 Unterschriften zusammenbrachte, den Kriegsminister Wagner zum Rücktritt (März 1870). Wenn auch die Rekonstruktion des Ministeriums nicht nach ihren Wünschen ausfiel, so konnte doch von einem Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund jetzt nicht die Rede sein.

Auch in den neuen preußischen Provinzen machten sich rückläufige Bewegungen geltend. Noch bestand die Welfenlegion, welche Hannover für Georg V. wiedererobern sollte.

Die der preußischen protestantischen Hegemonie über Deutschland besonders abgeneigte ultramontane, von den Jesuiten geleitete Partei erprobte gerade damals auf dem vatikanischen Konzil ihre Macht über die Kirche und die katholische Christenheit, und der glückliche Erfolg des Unfehlbarkeitsdogmas mußte sie ermutigen, nun offener nach ihrem letzten Ziel, der Weltherrschaft, zu streben.

Angefeuert durch diesen Bundesgenossen, durch die Preußen feindseligen Strömungen in Deutschland, ... Rachegefühle, glaubte die französische Regierung den Augenblick gekommen, da es Revanche für Sadowa nehmen, Frankreichs "berechtigtes Übergewicht" in Europa durch Zertrümmerung der deutschen Einheit und Eroberungen am Rhein wiederherstellen und durch die kriegerische Aufregung und den Ruhm der Waffen sich selbst aus der bedrängten inneren Situation befreien könnte.

Die ohne Mitwissen der norddeutschen Bundesregierung aufgestellte spanische Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern diente Napoleon III. zum Vorwand, um den Krieg, welchen er wegen mangelhafter Vorbereitung der französischen Armee weder 1866 noch 1867 hatte wagen können, nun, nach Vollendung der Nielschen Heeresreorganisation, zu unternehmen.

Nachdem die Kammer, die Presse und die öffentliche Meinung durch chauvinistische Agitationen aufgereizt worden waren, genügte der Verzicht des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr, um die fieberhaft erregten Gemüter zu befriedigen; das französische Ministerium stellte an König Wilhelm am 13. Juli 1870 das ganz unberechtigte Ansinnen, daß er sich schriftlich verpflichte, nie wieder eine Erneuerung der hohenzollerischen Kandidatur zu gestatten, und als dasselbe abgelehnt wurde, erklärte es am 19. Juli den Krieg.

Diese freche Herausforderung des alten Erbfeindes, der besonders im Süden beim Volk verhaßt war, entzündete auf einmal einen leidenschaftlichen Zorn und einen begeisterten Enthusiasmus in Deutschland; die ganze Nation war eins in diesen Gefühlen, welche sich bald in feste Entschlossenheit und aufopferungsvolle, hingebende Vaterlandsliebe abklärten.

Den sofort zusammenberufenen norddeutschen Reichstag eröffnete ... König Wilhelm am 19. Juli mit einer des erhabenen Augenblicks würdigen Thronrede:

"Hat Deutschland", sagte er, "derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war.

Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begonnen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feind keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat. Wir werden nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Der Reichstag beantwortete diese Worte mit einer begeistert zustimmenden Adresse und der einstimmigen Bewilligung der geforderten Kriegsleihe von 120 Millionen Talern und verlängerte seine eigene Legislaturperiode bis Ende des Jahres, worauf er am 21. Juli geschlossen wurde. Die süddeutschen Fürsten ließen sofort in Berlin erklären, daß sie ... ihre sämtlichen

Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellten. Die süddeutschen Kammern folgten. Die hessische, badische und auch die württembergische bewilligten die geforderten Rüstungsgelder mit Einstimmigkeit, die bayerische Zweite Kammer mit 101 gegen 47 Stimmen.

Nur die verbissenen Ultramontanen verteidigten aus Haß gegen Preußen eine bewaffnete Neutralität; selbst solche Bayern, welche eifersüchtig die Selbständigkeit ihrer engeren Heimat wahrten, erkannten, daß dieselbe nur dadurch zu erhalten sei, daß Bayern freiwillig seine deutsche Pflicht erfülle.

Die süddeutschen Kontingente wurden mit drei preußischen Armeekorps zur dritten deutschen Armee unter dem Befehl des Kronprinzen von Preußen vereinigt, während die erste und zweite Armee aus norddeutschen Truppen bestanden. So war die Kriegsmacht des ganzen deutschen Volkes zum erstenmal nach Jahrhunderten wieder vereinigt, und ihre glänzenden Siege bewiesen, welche gewaltige Kraft ihr innewohnte, wenn sie gut vorbereitet und gut geführt war.

In den Schlachten von Wörth und Spichern, in dem blutigen Ringen an den drei Kampftagen vor Metz, endlich bei Sedan wetteiferten die deutschen Truppen an Tapferkeit und Todesmut. Dieselben Truppen, welche 1866 am Main so wenig geleistet, taten es jetzt den besten preußischen Regimentern gleich.

Deutsches Gebiet, welches in früheren Kriegen mit dem französischen Nachbar stets Kriegsschauplatz gewesen und immer wieder arg verwüstet worden war, wurde diesmal nur in Saarbrücken auf kurze Zeit vom Feind betreten. Schon einen Monat nach Beginn der Feindseligkeiten war eine große Armee der Franzosen kriegsgefangen, eine zweite in Metz eingeschlossen und die deutschen Heere tief im Inneren Frankreichs auf dem Marsch nach Paris.

Wie das deutsche Volk seit dem Ausbruch des Krieges sich wieder nach langer Trennung und Spaltung als ein Volk von Brüdern fühlen gelernt und an den Heldentaten seiner wehrhaften Männer, welche ihm als Siegespreis die Sühne langer Schmach, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, verhiessen, sich zu hohem und stolzem Nationalgefühl aufgerichtet hatte, so zeigte es sich auch von Anfang an fest entschlossen, seine wunderbaren Erfolge zur Herstellung eines einheitlichen, starken und großen Reiches zu benutzen.

Schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere hatte die Stimme des Volkes laut eine Einigung von ganz Deutschland gefordert; diese Forderung war dann im Verlauf des Krieges mit einer solchen Entschiedenheit und Einstimmigkeit erneuert worden, daß die Regierungen der süddeutschen Staaten ihr die Gewährung nicht zu versagen wagten.

War doch eben durch diesen Krieg klarer als je erwiesen worden, daß nur auf der Einigung aller Stämme die Sicherheit Deutschlands, besonders des Südens, für die Dauer begründet sei, und durch die Besiegung Frankreichs die Rücksichtnahme auf diesen Nachbar beseitigt, die sich bisher wie ein Bleigewicht allen auf die Einheit Deutschlands gerichteten Bestrebungen angehängt hatte.

Auch Österreich hatte durch Beusts zweideutige Haltung bei Beginn des Krieges alles Recht verwirkt, noch in deutschen Angelegenheiten ein Wort zu reden.

Die Hauptschwierigkeit lag indes in der Frage, ob es möglich sein würde, die Einheit unter genügender Berücksichtigung der Ansprüche der süddeutschen Staaten auf ein reichliches Maß innerer Selbständigkeit herzustellen, zumal da König Wilhelm und Bismarck jeden Gedanken einer Pression auf die süddeutschen Staaten ablehnten, nachdem dieselben so loyal ihren Vertragspflichten nachgekommen waren.

Als zuerst Baden (2. September 1870) die Frage nach einer festeren Einigung bei der Regierung des Norddeutschen Bundes anregte und dann auch Bayern den Wunsch nach Verhandlungen hierüber kundgab, reiste der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, im Auftrag Bismarcks nach München (21. September), um die Vorschläge der süddeutschen Regierungen

entgegenzunehmen. In den hier stattfindenden Konferenzen ... machte indes Bayern derartige Forderungen, daß eine Verständigung unmöglich erschien.

Daraufhin lud Bismarck die drei anderen süddeutschen Staaten ein, Bevollmächtigte zu Unterhandlungen nach Versailles zu senden, an denen teilzunehmen Bayern freigestellt wurde. Hier kamen im Lauf des Oktobers je zwei Vertreter der vier Staaten mit den Bevollmächtigten des Bundes, den Ministern Delbrück, Roon und Friesen, zu Konferenzen zusammen, die bald zu befriedigendem Abschluß führten, zuerst mit Baden und Hessen (15. November), welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit geringen Änderungen (in Bezug auf die Besteuerung) annahmen. ...

Am 23. November wurde der Vertrag mit Bayern unterzeichnet, in welchem ... (den Bayern) sehr erhebliche Sonderrechte zugestanden wurden. Es behielt sein besonderes Gesandtschaftsrecht, die Verwaltung seines Heerwesens, eigene Post, Eisenbahnen und Telegraphen, eigene Besteuerung von Bier und Branntwein und besondere Bestimmungen hinsichtlich des Heimat- und Niederlassungsrechts. Obgleich dieser Vertrag der nationalen Partei das Maß berechtigter Eigentümlichkeit weit zu überschreiten schien, fand er doch im bayerischen Abgeordnetenhaus von seiten der ultramontanen Patriotenpartei lebhaften Widerspruch und wurde erst nach zehntägigen Debatten am 21. Januar 1871 mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen, nachdem sich die Patriotenpartei gespalten hatte; die Reichsräte hatten ihn schon 30. Dezember 1870 mit 30 gegen 3 Stimmen genehmigt.

Zuletzt wurde am 25. November der Vertrag mit Württemberg abgeschlossen; derselbe glich im wesentlichen dem bayerischen, nur schloß Württemberg, gleich Baden und Hessen, mit Preußen eine Militärkonvention ab, nach welcher die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein in sich geschlossenes Armeekorps bilden sollten. ...

Der norddeutsche Reichstag wurde am 24. November wieder zusammenberufen, um den Verträgen mit den süddeutschen Staaten ebenfalls seine Zustimmung zu erteilen. Auch hier stießen die bayerischen und württembergischen Verträge wegen der zu weit gehenden Reservatrechte auf Widerspruch, besonders von seiten der Fortschrittspartei, wurden jedoch endlich auf dringende Befürwortung der Regierung am 9. Dezember angenommen. Auch eine neue Krieganleihe von 100 Millionen Talern wurde bewilligt.

Am 4. Dezember machte Delbrück dem Reichstag davon Mitteilung, daß der König von Bayern bei den deutschen Fürsten und Freien Städten beantragt habe, mit dem Präsidium des künftigen Deutschen Bundes den Titel "deutscher Kaiser" zu verbinden, und daß die Fürsten und Städte alle zugestimmt hätten. Ohne daß die Rechte des bisherigen Präsidiums dadurch vermehrt wurden, wurde doch das Ansehen des Bundesoberhauptes erhöht, seine Würde eine Stufe höher als die der übrigen Fürsten gestellt und dem deutschen Volk ein altes Symbol seiner Einheit und Macht damit zurückgegeben. Dem entsprechend wurde auch der neue Bund "Deutsches Reich" genannt.

Nachdem am 10. Dezember der erste und letzte norddeutsche Reichstag geschlossen worden war, begab sich eine Deputation desselben von 30 Mitgliedern nach Versailles, um dem König von Preußen eine Adresse zu überbringen, welche ihn "vereint mit den Fürsten Deutschlands" bat, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die Deputation, geführt von dem Präsidenten Simson, der 21 Jahre früher an der Spitze der Deputation des Frankfurter Parlaments Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, wurde am 18. Dezember in Versailles feierlich empfangen. König Wilhelm nahm die Krone an, vorbehaltlich der formellen Kundgebung der freien Zustimmung der Fürsten und Städte.

Nachdem dieselbe erfolgt war, erließ der König am 17. Januar 1871 folgende Proklamation an das deutsche Volk:

"Wir Wilhelm, König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den

einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachkommen an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlusses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.

Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franc.

Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.

Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.

Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.

Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.

Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.

Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3.

März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.

Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden:

"Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.

Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.

Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."

Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.

Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.

Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall (eines) erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.

Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.

Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wettstreit Gutes und Edles stiften.

Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

Spanien, Frankreich, Preußen: Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtet später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautet nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergibt der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.

Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.

In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<

Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung fühlten sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß die französische Ehrenstellung gerettet werden mußte.

Bismarck, der wie Kaiser Wilhelm I. Angriffskriege grundsätzlich ablehnt, schreibt später über den Krieg 1870/71 (x063/440): >>Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifer die Sympathie aller edel Gesonnenen und Länder zu Seite stehen und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen.

Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870. Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keine Alliierten finden,

... ja überhaupt keine Neutrale, wohl aber Gegner ...<<

Friedrich Engels schreibt am 15. August 1870 in einem Brief an Karl Marx über den Krieg gegen Frankreich (x261/109): >>Deutschland ist durch Badinguet (Spottname für Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet so ist der Bonapartismus auf Jahre befestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt.

Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen.

Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anders nationalem Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus.

Die ganze Masse des deutschen Volkes hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schreibt damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldet fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<

Deutsche und französische Historiker erklären später in einer gemeinsamen Studie zur Kriegsverantwortung (x056/249): >>Beide Seiten (haben) dazu beigetragen, ... die bestehenden Spannungen zu verschärfen:

1. Bismarck durch seine geheime Förderung der hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien, durch die er hoffte, Napoleon ... diplomatisch so in die Enge zu treiben, daß der Sturz des kaiserlichen Regimes die Folge sein konnte. ...

2. Napoleon und sein Kabinett durch Übersteigerung ihrer diplomatisch-politischen Gegenoffensive seit dem 6. Juli, vor allem durch die Garantieforderung an König Wilhelm, durch die sie sich vor Europa ins Unrecht setzten, obwohl Napoleon und die meisten seiner Minister im Grunde den Krieg mehr fürchteten als wünschten.

3. Zuletzt Bismarck durch die bekannte Kürzung der Emser Depesche, die zwar keine "Fälschung", aber eine bewußte Verschärfung darstellt mit dem Ziel, Frankreich zur Hinnahme einer schweren diplomatischen Niederlage oder zur Kriegserklärung zu zwingen.<<

Bismarck berichtet später während einer Reichstagsrede über den Krieg 1870/71 (x063/405,406): >>... Der Gedanke einen Krieg zu führen, weil er vielleicht später unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden kann, hat mir immer ferngelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. ...

Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später doch geführt werden muß. ... Wir haben 1870 (den Krieg) mit günstigerem Erfolge geschlagen als wir ihn 1867 gekonnt hätten, aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn Napoleon gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die Kriegsverantwortung Bismarcks (x056/249): >>Es ist ein versimpelndes Schlagwort, daß er ein Politiker der brutalen Gewalt gewesen sei, der rücksichtslos über Verträge und Völkerrecht hinwegschritt, sobald es um die Macht Preußens ging. Weder war er der "Eiserne Kanzler", ... der immer rechtzeitig mit der Faust auf den Tisch zu hauen verstand, ... noch ein gewissenloser ... Aben-

teurer. Freilich gehörte für ihn noch der Krieg zu den legitimen Mitteln der Staatskunst, wenn es um "Lebensinteressen" der Nation ging, ... (während der) große Krieg (heute) zum Selbstmord der Menschheit geworden ist. ...

Man kann ihn in seiner Kriegspolitik den letzten Kabinettpolitiker im Stile ... Friedrichs des Großen nennen – aber auch in der bewußten Beschränkung der Kriegsziele und Kriegsmethoden. ...

Der Krieg war in Bismarcks Epoche legitim, auch der Angriffskrieg, wenn alle anderen, mit reicher Phantasie ersonnenen versagten, und jedesmal mit echtem, sittlich-religiösem Verantwortungsbewußtsein unternommen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte erstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...

Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.

Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.

Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.

Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Im Passauer Dom wird in den ersten Tagen des Krieges folgende Predigt gehalten (x056/248-249): >>Der König von Preußen ist Protestant; aber er ist ein gottesfürchtiger, christlicher Fürst, der hochbetagt sein Leben für Deutschlands Ehre einsetzt und nicht sich, sondern Gott die Ehre gibt.

Er soll der Führer Deutschlands sein, Gott hat ihn dazu berufen. ... Unser liebes Vaterland ... muß mit Deutschland auf das engste verbunden sein. ...

Wenn hier unter den Zuhörern Väter, Mütter, Gattinnen und Kinder sind, deren Söhne, Gatten, Väter auf den blutigen Schlachtfeldern gefallen sind oder (fallen) werden, die sollen ihre Tränen trocknen, denn der Preis, um den ihre Lieben das Leben opfern, ist ein hoher und würdiger; sie haben mit ihrem Blute Deutschlands Freiheit, Macht und Ehre erkaufte.<<

Gerhart Hauptmann (1862-1946, deutscher Schriftsteller, erhält 1912 den Nobelpreis für Lite-

ratur) schreibt später, wie er den Kriegsausbruch in Schlesien erlebt (x233/99): >> Morgens ... brachte uns Onkel in der üblichen Landkutsche nach Striegau zur Bahn, eine Fahrt, die mehrere Stunden verlangte. Ich weiß nicht, wer es war, der uns in einer kleinen Kutsche entgegenkam, sie halten ließ und uns zuwinkte. Das Dumpfe, das über der ganzen Reise gelegen hatte, löste, wie Gewitterschwüle ein erster Blitz, die Nachricht, die der Winkende mitbrachte.

Meine Herren, rief er, wir haben den Krieg! Gestern hat König Wilhelm in Bad Ems den Gesandten Napoleons, der ihn wie einen Lakaien behandeln wollte, einfach auf die Straße geworfen. Die gesamte norddeutsche Armee (ist) mobilisiert, auch die süddeutschen Fürsten machen mit, Bayern, Baden, Württemberg. Es braust ein Ruf wie Donnerhall.

Mein Vater und Onkel Schubert waren bleich geworden. ... Bismarck, sagte der Onkel, stürzt uns in ein sehr schlimmes und gefährliches Abenteuer hinein. Der allmächtige sei uns gnädig! Weder sind wir gerüstet genug, aber wenn wir es wirklich wären, wie wollen wir den überlegenen Waffen und Massen Frankreichs widerstehen? ...

Mein Vater ... aber wollte doch nicht in die Verzagtheit des lieben Verwandten einstimmen. Mit ruhigen und bestimmten Worten trat er für Bismarck und seine Haltung ein, er habe immer gewußt, was er wollte, und es immer zum guten Ende geführt. Er nannte dann Moltke, Roon ... und erklärte, wenn wirklich Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen mitgingen, hätte der Sieg große Wahrscheinlichkeit. ...<<

Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.

Der deutsche Gefreite Kurt Moser verfaßt im Jahre 1870 den Text des Soldatenliedes "Fern bei Sedan auf den Höhen ..." (x846/...):

>>1. Fern bei Sedan auf den Höhen,
Steht ein Krieger auf der Wacht,
Neben seinem Kameraden,
Den die Kugel tödlich traf.

2. Leise flüstern seine Lippen,
Du, mein Freund kehrst wieder heim,
Siehst die teure Heimat wieder,
Kehrst in unsrem Dörflein ein.

3. In dem Dörflein, in der Mitte,
Steht ein kleines weißes Haus,
Rings umrahmt von Rosen, Nelken,
Drinnet wohnt meine Braut.

4. Nimm den Ring von meinem Finger,
Nimm den Ring von meiner Hand,
Drück auf ihre weiße Stirne,
Einen Kuß als Abschiedspfand.

5. Der Soldat, der hat's gesprochen,

Der Soldat, der hat's gesagt,
Seine Augen sind gebrochen,
Dort bei Sedan ist sein Grab.<<

Der deutsche Historiker Hermann Baumgarten (1825-1893) schreibt nach den Siegen bei Sedan und Metz (x261/110): >>Die rasche Skizze, welche ich unter dem Eindruck unserer ersten Siege über Frankreich begonnen habe, schließe ich unter dem Jubel über die neuesten Triumphe bei Sedan und Metz.

Vor dem wunderbaren Ereignis des 2. September (Sieg bei Sedan) verstummt meine schwache Stimme. In diesen staunenswerten Taten, welche in wenigen Wochen die Gestalt der Welt verwandelt haben, liegt der unwiderstehliche Beweis für die Wahrheit meiner Sätze.

Jede Siegesbotschaft, die unser dankerfülltes Herz von neuem freudig erzittern macht, verkündigt die große Tatsache, daß der lange, schwere Auferstehungsprozeß unseres Volkes auf dem Punkt steht, von derselben staatsbildenden Kraft, die ihn begonnen und fortgeführt hat, abgeschlossen zu werden, daß wir, was wir so lange so heiß ersehnt haben, jetzt vollbracht sehen, daß wir wieder ein Volk sind.

Und wahrlich, wir müßten nicht das deutsche Volk sein, wenn nicht ein jeder von uns sich getrieben fühlte, angesichts dieses erhabenen Daherschreitens ... (von der Vorsehung bestimmter) Mächte seine kleine Weisheit, seinen engen Parteisinn zu beugen vor dem donnernen Eintritt einer neuen Epoche.<<

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei berichtet am 5. September 1870 (x261/110): >>Eine neue und unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden.

Nach 20jährigem schmachvollem Bestehen des Zweiten Kaiserreiches hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängnis ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängnis auf Frankreich herabbeschworen. Ein "Hurra" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonischen Söldnerscharen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den "Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird.

Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz sein, einem solchem Heldenvolke anzugehören.

Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, "der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen, nach dem, was wir jetzt zu tun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.<<

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärt am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konn-

ten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797: >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.

Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.

Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.

Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu nehmen.

Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.

Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die, in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.

Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...

In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.

Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.

Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.

Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.

Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesiens. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General

Vogel von Falckenstein.

Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.

Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.

Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.

Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.

Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.

Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.

Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.

Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Chalons zurückziehen konnten.

Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...

Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aushebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...

Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff. Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-

Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.

Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkauft wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Chalons verhindert und dieselbe in Metz eingeschlossen wurde. ...

Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...

Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.

König Wilhelm befahl nun, daß die Maasarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.

Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5. Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich nach Mézières retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.

Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten Mac-Mahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.

Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.

Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab.

...

Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...

Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.

Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rücken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.

Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...

(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.

General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...

Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.

Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.

An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.

Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.

Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...

Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...

Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.

Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.

Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.

... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.

Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im

Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...

So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.

Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet.

Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welches letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Frankreichs von 1870-1873 (x806/568-570): >>(Frankreich) ... In der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers 6. Juli (1870) erklärte der Herzog von Gramont unter stürmischem Beifall der Majorität, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze.

Zwar schien durch die Verzichtleistung des Prinzen und die gemäßigte Haltung des Königs von Preußen jeder Grund zum Krieg wegzufallen, und Ollivier äußerte auch am 12. Juli, daß damit der Zwischenfall erledigt sei. Aber die Kriegspartei wollte den Krieg um jeden Preis, zumal der Kriegsminister Leboeuf erklärte, die Armee sei bis zum letzten Knopf bereit, und die weiteren Forderungen, die an den König Wilhelm durch Benedetti in Ems gestellt wurden, waren darauf berechnet, den Krieg unvermeidlich zu machen.

Am 14. Juli wurden die französischen Reserven einberufen, am 15. eine Kreditforderung gestellt und am 19. die Kriegserklärung in Berlin übergeben.

Das französische Volk ließ sich zumeist von der Kriegsbegeisterung anstecken; bei der Abstimmung über die Kreditforderung am 15. Juli fanden sich nur zehn Opponenten, die auch nur aus Opportunitätsgründen vor Überstürzung warnten.

Indessen die französischen Erwartungen wurden in politischer Beziehung sofort getäuscht. Die süddeutschen Staaten stellten ihre Heere unter preußischen Oberbefehl; Österreich wartete erst einen Sieg Frankreichs ab, um offen auf dessen Seite zu treten; in Italien verhinderte die Volksstimme den König, den Unterdrückern Roms sich anzuschließen; selbst Dänemark blieb endlich neutral, während England in gewohnter Untätigkeit verharrte.

Bei der Mobilmachung zeigte sich sofort, daß die Armee keineswegs kriegsbereit war. So kam es, daß die Franzosen, statt Deutschland sofort mit ihren Scharen zu überschwemmen, in ihrem eigenen Land angegriffen wurden.

Schon nach den Schlachten bei Wörth und Spichern zeigte sich der ganze Staatsorganismus bedroht. Am 9. August traten die schleunigst berufenen Kammern zusammen; das Ministerium Ollivier wurde sofort gestürzt und der Graf Palikao mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er selbst das Präsidium und den Krieg übernahm, und welches übrigens durchaus bonapartistisch war.

Das Ministerium Palikao suchte durch Beschönigung der wirklichen Sachlage die öffentliche Stimmung zu beruhigen und die Dynastie zu retten sowie die Streitkräfte des Landes zu organisieren. Aber die Ereignisse machten durch ihre Schnelligkeit alle diese Bemühungen vergeblich.

Die gewaltige Niederlage bei Sedan am 1. und die Kapitulation vom 2. September warfen das Kaisertum über den Haufen. Die erbitterte Volksmenge zwang in Paris die Kaiserin zur Flucht

nach England, drang in den Sitzungssaal des Gesetzgebenden Körpers und nötigte denselben am 4. September zur Absetzung Napoleons. Auf dem Stadthaus wurde darauf die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung aus den Pariser Deputierten unter dem Präsidium des Generalgouverneurs von Paris, Trochu, gebildet. Dieselbe nannte sich Regierung der nationalen Verteidigung.

Ohne jede Schwierigkeit wurde die Republik und ihre Regierung im ganzen Land anerkannt, das längst gewohnt war, sein Losungswort von Paris zu empfangen. Der Minister des Auswärtigen, Jules Favre, erklärte sich zwar zum Abschluß eines Friedens bereit, zugleich aber keinen Zoll des französischen Gebietes und keinen Stein seiner Festungen abtreten zu wollen; lieber werde Frankreich den Kampf bis zum Äußersten fortsetzen. Unter diesen Umständen blieb eine Verhandlung Favres mit Bismarck in Ferrières am 19. und 20. September resultatlos. ...

Seit Mitte September war Paris durch die deutschen Heere eingeschlossen. Die französische Regierung blieb trotzdem in Paris, jedoch schlug ein Teil derselben als "Delegation" seinen Sitz in Tours auf.

Die Seele der republikanischen Regierung wurde bald Léon Gambetta, der, nachdem er sich am 6. Oktober in einem Luftballon aus Paris nach Tours begeben hatte, sich zum Diktator Frankreichs aufwarf. Sein glühender Ehrgeiz, seine fieberhafte Tätigkeit, sein aufrichtiger Enthusiasmus schufen mit Hilfe der großartigen Vaterlandsliebe, Opferfähigkeit und Kriegsbegeisterung, welche das französische Volk auch diesmal bewährte, schon seit Mitte November immer neue zahlreiche Armeen aus dem scheinbar erschöpften Frankreich, das den Widerstand in Paris und den Provinzen noch fünf Monate fortsetzte und schließlich nach den blutigen Kämpfen der Nordarmee bei Amiens, Bapaume und Saint-Quentin, der Loirearmee bei Orléans und Le Mans, der Ostarmee bei Belfort, endlich der Pariser Armee bei Villiers und am Mont Valérien Ende Januar 1871 mit der Kapitulation von Paris ehrenvoll unterlag.

Die Friedensunterhandlungen brachten eine Spaltung in der Regierung hervor. Während nach Abschluß des Waffenstillstandes vom 28. Januar 1871 die Pariser Regierung die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb, die über Krieg und Frieden entscheiden sollte, erließ auf Gambettas Betreiben die von Tours nach Bordeaux übergesiedelte Delegation am 31. Januar ein Dekret, welches alle notorischen Bonapartisten, ehemaligen kaiserlichen Beamten etc. vom Wahlrecht ausschloß. Aber die Pariser Regierung hob dieses Dekret auf und erklärte die Vollmachten der Delegation für erloschen, worauf dieselbe zurückzutreten sich genötigt sah.

Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 8. Februar ohne jede Beschränkung vor sich und ergaben eine große Mehrheit von Konservativen, da diese dem Land einen schleunigen Abschluß des Friedens versprachen, nach dem es sich vor allem sehnte. ...

Am 26. Februar wurden die Friedenspräliminarien zu Versailles abgeschlossen, die freilich mit der Abtretung von drei Departements (Elsaß-Lothringen) und der Zahlung von 5 Milliarden Kriegskosten harte Opfer auferlegten, aber von der Nationalversammlung unter ungeheurer Aufregung am 1. März mit 546 Stimmen gegen 107 angenommen wurden; zugleich wurde fast einstimmig die Dynastie der Bonaparte für des Thrones auf immer verlustig erklärt. Der definitive Friede, der an den Präliminarien wenig änderte, wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main unterzeichnet.

... Die Monarchisten schlossen ... mit den Republikanern in der Nationalversammlung den Pakt von Bordeaux, wonach die Frage der definitiven Regierungsform vorläufig eine offene bleiben sollte. Dagegen setzten sie es durch, daß der Sitz der Versammlung nicht nach Paris, sondern nach Versailles verlegt wurde.

Hierdurch erweckten sie aber in der aufgeregten Bevölkerung von Paris den Argwohn, daß die Herstellung einer reaktionären Monarchie beabsichtigt sei, und so versuchten die Kommunisten, welche schon während der Belagerung zweimal, am 31. Oktober 1870 und am 22. Januar

1871, sich empört hatten, am 18. März einen neuen Aufstand, welcher glückte.

Die Truppen mußten Paris räumen, wo die Kommune proklamiert wurde. Unter den schwierigsten Verhältnissen unternahm die Regierung von Versailles aus die Wiedererwerbung von Paris, das erst in der letzten Woche des Mai 1871 unter schrecklichen Greueln und den Flammen der von den Kommunisten angezündeten Staatsgebäude von der Armee wieder genommen werden konnte.

Hierdurch wuchs das Vertrauen zu Thiers' Geschicklichkeit und Tatkraft. Ende Juni konnte er bereits eine Anleihe von 2½ Milliarden machen, durch deren Bezahlung an Deutschland er einen großen Teil des Territoriums von der fremden Okkupation befreite.

Am 31. August wurde der Vorschlag Rivets angenommen, welcher Thiers das Präsidium der Republik auf drei Jahre anvertraute, wenn auch das Recht der Versammlung, dem Land eine neue (monarchische) Verfassung zu geben, ausdrücklich vorbehalten wurde. Die Erstarkung der republikanischen Partei zeigte sich bei den Nachwahlen, die fast durchweg zu ihren Gunsten ausfielen.

Die Monarchisten wurden dadurch nicht wenig beunruhigt. Aber sie konnten das Ansehen Thiers' im Ausland und in Frankreich selbst nicht entbehren, solange nicht durch Zahlung der Kriegskosten die Räumung des Landes durch den Feind erreicht und mit der Herstellung der Armee die äußere Sicherheit und die innere Ruhe verbürgt war. Sie mußten sich daher begnügen, in Nebenfragen dem Präsidenten Opposition zu machen und Schwierigkeiten zu bereiten, damit er seiner Abhängigkeit von der Mehrheit der Versammlung stets eingedenk bleibe.

Indes setzte in allen wichtigeren Fällen, wie ... der Frage der Entschädigung für die im Krieg verwüsteten Provinzen, dem Generalratsgesetz, der Auflösung der Nationalgarde, Thiers stets seinen Willen durch die Drohung mit seinem Rücktritt durch und erlangte jedesmal ein Vertrauensvotum.

Die Mittel für die Zahlung der Kriegskontribution wurden schon im Juli 1872 durch eine neue Anleihe von 3 Milliarden beschafft, welche zum Stolz der Franzosen 14mal überzeichnet wurde. Hierdurch wurde es möglich, das Ende der Okkupation, welche sich seit dem Frühjahr 1872 nur auf sechs östliche Departements erstreckt hatte, schon im September 1873 herbeizuführen.

Allerdings war die Staatsschuld auf 23 Milliarden gestiegen und das Budget mit einem Mehrausgabenbetrag von 600 Millionen belastet. Die hierfür erforderlichen Einnahmen wurden durch Erhöhung der Zölle auf fast alle Verbrauchs- und Genußmittel, eine Anzahl neuer Steuern und eine hohe Steuer auf Rohstoffe beschafft.

Die Reorganisation der Armee wurde in großartigstem Maßstab durchgeführt; allerdings wurde das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht streng angewendet und auch die Errichtung provinzieller Armeekorps abgelehnt, da Thiers gegen beides sich aussprach und auf einer Dienstzeit von wenigstens fünf Jahren für die Mehrzahl der Eingezogenen bestand. Die aktive Armee (die Beurlaubten eingerechnet) wurde aber durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873 auf 705.000 Mann, die Reserve auf 510.000, die Territorialarmee (Landwehr) auf 532.000, deren Reserve (Landsturm) auf 626.000 Mann festgesetzt; die bewaffnete Macht Frankreichs in einem Krieg belief sich also auf die ungeheure Zahl von 2.423.000 Mann! Die Bewaffnung und Ausrüstung wurde durchweg in bestem Material erneuert. Ferner wurde die Ost- und Nordgrenze durch zahlreiche größere und kleinere Festungen gesichert und Paris mit einem neuen weiteren Ring von Forts umgeben. ...<<

Amadeus I. von Savoyen, Herzog von Aosta, wurde am 16. November 1870 von den Cortes zum König von Spanien gewählt.

Österreich-Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1870-1878 (x812/524-528): >>(Österreich) ... Als 1870 der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, rüstete Österreich allerdings, um bei der Re-

gelung der deutschen Verhältnisse im Frieden seinen Wünschen Nachdruck geben, vielleicht auch in den Kampf selbst eingreifen zu können.

Die Schnelligkeit und Entschiedenheit der deutschen Erfolge nahmen Österreich aber die Möglichkeit hierzu, und es mußte sich in die unabänderliche Tatsache der Vereinigung ganz Deutschlands unter preußischer Führung fügen, was Beusts Antwortnote vom 26. Dezember 1870 auf die Depesche vom 14. Dezember, in welcher Bismarck die Gründung des Deutschen Reiches anzeigte und die Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen desselben zu Österreich aussprach, in entgegenkommender Weise kundtat. ...

Da am 29. März 1870 der Ausschuß des Abgeordnetenhauses sich zur Ablehnung der galizischen Resolution ermannet hatte, erklärten die Polen am 31. März ihren Austritt aus dem Reichsrat, und ihnen folgten die föderalistischen Abgeordneten von Triest, Istrien, der Bukowina sowie die Slowenen, nachdem die klerikalen Tiroler schon im Januar ausgeschieden waren. Da der Reichsrat jetzt kaum noch beschlußfähig war, verlangten die Minister die Auflösung der Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten, und reichten, als der Kaiser ablehnend antwortete, am 4. April ihre Entlassung ein.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Hasner beauftragte der Kaiser den Grafen Potocki mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Da dieser sich mit den deutschen Autonomisten unter Rechbauer nicht verständigen konnte, so wählte er außer Taaffe hauptsächlich Beamte zu Mitgliedern des Ministeriums, das demnach einen provisorischen Charakter trug. Getreu dem in der Denkschrift vom 24. Dezember 1869 niedergelegten Programm begann nun Potocki mit den Führern der nationalen Opposition, besonders den Polen und Tschechen, Unterhandlungen über einen gütlichen Ausgleich auf Grundlage der Verfassung.

Dieselben scheiterten jedoch an der Unerfüllbarkeit der polnischen und tschechischen Forderungen; ja, die Tschechen, denen sich die Feudalen und Klerikalen in Böhmen angeschlossen hatten, gingen hierbei noch über die Deklaration hinaus.

Da die Regierung aber auch mit dem ihr mißtrauisch gegenüberstehenden, zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpften Reichsrat nichts ausrichten konnte, wurden am 21. Mai 1870 das Abgeordnetenhaus und sämtliche Landtage, mit Ausnahme des böhmischen, dessen Auflösung erst am 29. Juli erfolgte, aufgelöst und die neuen Landtage für den 20. und 27. August und den 2. September, der Reichsrat für den 15. September einberufen.

... Im August traten die Landtage zusammen, bei ihrer Neuwahl hatte die deutsche Verfassungspartei in Böhmen die Mehrheit verloren und auch in Krain Einbußen erlitten. Überall suchte die Regierung durch Versprechungen die nationalen Parteien zu gewinnen und erreichte es auch, daß die Landtage von Galizien, der Bukowina und Istrien die Wahlen zum Reichsrat vornahmen.

Nur der Landtag von Böhmen, in welchem die Deklaranten an den Sitzungen teilnahmen und mit den Feudalen die Majorität bildeten, weigerte sich und forderte in einer Adresse an den Kaiser am 14. September die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts. Als daher der Reichsrat am 15. September eröffnet wurde, fehlten die böhmischen Abgeordneten.

Als der Landtag trotz kaiserlichen Befehls auf seiner Weigerung und den Forderungen vom 14. September beharrte, ordnete die Regierung am 6. Oktober direkte Reichsratswahlen in Böhmen an. Infolge hiervon erhielt, da 24 Verfassungstreue und 36 Feudale und Deklaranten gewählt wurden, letztere aber nicht in den Reichsrat eintraten, die deutsche Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, welche sie bisher nicht besessen hatte, weswegen dessen Sitzungen auch vertagt worden waren.

Im November beschloß aber das Abgeordnetenhaus ebenso wie das Herrenhaus eine Adresse an den Kaiser, in welcher auf das entschiedenste die Aufrechterhaltung der Verfassung gefordert, Potockis Versuche eines Ausgleiches zwischen unvereinbaren Gegensätzen als unfruchtbar und aussichtslos bezeichnet und die föderalistischen Bestrebungen der Tschechen aufs

schärfste getadelt wurden. Das Ministerium sah darin das beabsichtigte Mißtrauensvotum und reichte seine Entlassung ein. Dieselbe wurde zwar angenommen, doch beließ der Kaiser das Ministerium noch so lange im Amt, als die Delegationen in Pest tagten (24. November 1870 bis 6. Februar 1871). ...

Nachdem das Bürgerministerium zerbröckelt und Potockis Vermittlungspolitik gescheitert war, wurde auf Betreiben einer im verborgenen wirkenden reaktionären Kamarilla der Versuch beschlossen, die österreichische Verfassung den Forderungen der Slawen anzupassen.

Diese Aufgabe übernahm das am 7. Februar 1871 ernannte neue Ministerium, an dessen Spitze der ultramontane Graf Hohenwart stand, dem außerdem zwei Tschechen (Habietinek für die Justiz und Jirecek für den Kultus) und ein Pole, Graf Grocholski, angehörten, während die übrigen Minister zwar Deutsche, aber nicht Mitglieder der Verfassungspartei waren.

In Wien nahm man das neue slawisch-feudal-klerikale Kabinett anfangs nicht ernst und nannte es das Faschingsministerium.

Indes schritt Hohenwart entschlossen zur Verwirklichung seines deutschfeindlichen autonomistischen Programms. Nachdem es die Feier der deutschen Siege über Frankreich untersagt (hatte), legte es am 25. April dem Reichsrat die erste der Vorlagen vor, welche nach seiner Ankündigung die legislative und administrative Autonomie der Länder so weit vermehren sollten, als es mit der notwendigen Reichseinheit vereinbar sei; dieselbe verlieh den Landtagen die Initiative in der Gesetzgebung. Sie wurde am 9. Mai vom Abgeordnetenhaus abgelehnt.

Hohenwart trat hierauf nicht nur nicht zurück, sondern erklärte am Tag darauf, am 10. Mai, bei der ersten Beratung des am 5. Mai vorgelegten Gesetzentwurfes, der Galizien die in der galizischen Resolution geforderte Selbständigkeit verlieh, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrat das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen, daß er gesonnen sei, wenn die böhmische Opposition mit der Galizien zugestandenen Autonomie sich zufriedengeben würde, Böhmen dieselbe zuzugestehen.

Die deutsche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß ... am 26. Mai, eine Adresse an den Kaiser zu richten, welche offen und rückhaltlos die gefährliche vom Ministerium geschaffene Lage darlegte. Aber als der Monarch beim Empfang derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichsratsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen der Abgeordneten doch der Mut, und sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde ... (der) Antrag, nicht in die Budgetberatung einzutreten, abgelehnt. Das Budget wurde am 4. Juli genehmigt und am 10. Juli 1871 der Reichsrat auf unbestimmte Zeit vertagt.

Nach diesem Sieg schritt Hohenwart auf der eingeschlagenen Bahn weiter vorwärts. Die Grundzüge des Ausgleiches wurden schon Anfang August dem Ministerrat vorgelegt und die Führer der tschechischen Opposition, Clam-Martinitz und Rieger, am 5. August vom Kaiser empfangen. Hierauf löste die Regierung die sieben verfassungstreuen Landtage auf und erreichte es durch rücksichtslose Beeinflussung der Wahlen, daß sie im oberösterreichischen und mährischen Landtag die Mehrheit erhielt; aus beiden schieden die Deutschen aus. Indem aber nun die Abgeordneten für Oberösterreich und Mähren der Regierungspartei zufielen, verfügte diese mit Einschluß der Böhmen ... (über) 203 gegen nur 66 verfassungstreue Stimmen und damit über die zu Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit.

In dem Reskript (Rechtsentscheidung) an den böhmischen Landtag erkannte der Kaiser am 14. September die Rechte des Königreiches Böhmen an und erklärte sich bereit, diese Anerkennung mit seinem Krönungseid zu erneuern; er forderte den Landtag auf, über die zeitgemäße Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens zu beraten.

Ein Ausschuß ... entwarf sofort im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel,

welche dem Königreich Böhmen eine ähnliche Stellung wie Ungarn gaben und Österreich in einzelne Staaten mit einem Delegiertenkongreß und einem Senat als gemeinsamen Vertretungen auflösten. Die Artikel wurden am 10. Oktober dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt.

Die Aufregung, ja Erbitterung, welche diese Vorgänge in der verfassungstreuen deutschen Bevölkerung hervorriefen, bewog den Reichskanzler Grafen Beust, den Kaiser in einer besonderen Denkschrift auf die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich aufmerksam zu machen. Auch die übrigen Reichsminister und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy sprachen ihre Bedenken gegen die Hohenwart'schen Pläne aus, deren Verwirklichung die zentrifugalen Bestrebungen der ungarischen Slawen stärken würde.

Da selbst ein paar Kollegen Hohenwarts, Holzgethan und Scholl, von ihm abfielen, lehnte der Kaiser die Genehmigung der Fundamentalartikel ab, und nachdem ein Versuch, die Tschechen zur Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, gescheitert war, reichte das Ministerium Hohenwart am 26. Oktober seine Entlassung ein. Nach längeren Verhandlungen kam am 25. November ein neues verfassungstreu Ministerium unter dem Fürsten Adolf Auersperg zustande

...

Unmittelbar nachdem er durch sein Einschreiten die österreichische Verfassung gerettet (hatte), stürzte Beust. Der Kaiser machte ihm zum Vorwurf, daß er im Frühjahr 1870 zum Ausgleich mit den Böhmen gedrängt, dadurch das damalige Ministerium erschüttert und jetzt mit seiner Warnung so lange gewartet hatte, bis der Monarch durch seine Erklärung vom 14. September sich persönlich stark gebunden hatte.

Außerdem schien die Annäherung an Deutschland, die im Sommer 1871 durch die persönliche Begegnungen der beiden Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl und Gastein angebahnt wurde, einen anderen auswärtigen Minister zu erfordern als Beust, der 1870 zum Kriege gegen Deutschland entschlossen gewesen war, überdies als Fremder und Protestant in Österreich keine festen Wurzeln schlagen konnte. Er erhielt daher am 6. November seine Entlassung und wurde am 14. November durch Andrassy ersetzt. ...

Das erste, was die neue Regierung tat, war die Auflösung der im Sommer neugewählten Landtage. Die von Mähren, Oberösterreich und der Bukowina wurden für die verfassungstreue Partei zurückgewonnen und dadurch die Beschlußfähigkeit des Reichsrates sichergestellt, trotzdem der böhmische Landtag, erbittert über die Zurückweisung der Fundamentalartikel, die Wahl der Reichsratsabgeordneten verweigerte und von den bei den darauf befohlenen direkten Wahlen gewählten Vertretern nur die 24 deutschen ihr Mandat auszuüben bereit waren. Der neue Reichsrat mit einer verfassungstreuen Mehrheit wurde am 28. Dezember 1871 eröffnet.

Die von den Führern dieser Mehrheit geforderte und vom Ministerium auch beabsichtigte sofortige Einführung der direkten Wahlen wurde von den Polen vereitelt, welche zuerst für Galizien die versprochene Ausnahmestellung verlangten. Daher wurde im Februar 1872 ein neues Notwahlgesetz vorgelegt und angenommen, das die direkten Wahlen auch dann gestattete, wenn nicht der Landtag die Wahl, sondern der Gewählte die Ausübung des Mandats unterlasse.

Der Ausgleich mit Galizien kam aber nicht zustande, weil die Polen jede Abweichung von der galizischen Landtagsdeklaration von 1868 ablehnten, und das Ministerium legte im Februar 1873 das neue Wahlgesetz dem Reichsrat vor, der es schon im März annahm; dasselbe führte die Wahl durch die Bevölkerung statt durch die Landtage ein und vermehrte die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 353, wobei besonders die Städte bevorzugt wurden, die 137 Vertreter erhielten, während der Großgrundbesitz 85, der Bauernstand 131 zählte.

Die Wiener Weltausstellung, welche am 1. Mai 1873 eröffnet wurde, sollte die großartigen Errungenschaften der neuen liberalen Ära verherrlichen. Der Besuch der Ausstellung war ... großartig, fast alle Fürsten Europas erschienen, auch die Kaiser Wilhelm und Alexander II.

sowie König Viktor Emanuel.

Ihr Glanz wurde freilich erheblich verdunkelt durch den gleichzeitig eintretenden Krach an der Wiener Börse (Mai 1873), eine Folge der schwindelhaften Gründungen der letzten Jahre; durch denselben wurde das Volksvermögen bedeutend geschädigt (man schätzte den Verlust 1873-75 auf 3 Milliarden Gulden) und auch der Staat in Mitleidenschaft gezogen.

Dennoch fielen die ersten direkten Reichsratswahlen, welche nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses (7. September 1873) stattfanden, überwiegend regierungsfreundlich aus, indem 233 Abgeordnete verfassungstreu waren. Die Tschechen traten nicht in das Haus ein, die 81 Mitglieder starke Opposition bestand aus den Polen und der ultramontanen Rechtspartei unter Hohenwart.

Bei der Stärke der liberalen Partei mußte das Ministerium deren Wünschen einigermaßen entgegenkommen, und so kündigte denn die Thronrede, mit welcher der neue Reichsrat am 5. November 1873 eröffnet wurde, die Vorlage der kirchlichen Gesetze an, welche am 21. Januar 1874 erfolgte. Es waren deren vier: das erste handelte von der Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, das zweite von den Beiträgen aus den Pfründen zum Religionsfonds, aus welchem die Bedürfnisse des katholischen Kultus bestritten werden sollten, das dritte von den Rechtsverhältnissen der klösterlichen Gemeinschaften, das vierte von der gesetzlichen Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften.

Das erste, zweite und vierte Gesetz wurde von beiden Häusern des Reichsrates im Mai angenommen, das dritte scheiterte daran, daß die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Gründung von neuen Klöstern von einem Spezialgesetz abhängig machen wollte, was vom Herrenhaus abgelehnt wurde. Ebenso verweigerte dies dem vom anderen Haus beschlossene Zivilehegesetz seine Zustimmung.

Verschiedene Bischöfe hatten sich in heftigen Ausdrücken über die Kirchengesetze beklagt, der Papst am 7. März 1874 in einer Enzyklika sie als eine Knechtung der Kirche und trotz scheinbarer Mäßigung für ebenso verderblich wie die preußischen erklärt, was Andrassy in einer scharfen Note zurückwies. Auch hatten die österreichischen Bischöfe nach Ablehnung ihres Antrages ... sich aus dem Herrenhaus entfernt. Gleichwohl erließen sie keinen Gesamtprotest und kamen unter dem Vorgeben, sie erfüllten nur die Bestimmungen des noch immer rechtsgültigen Konkordats, den Gesetzen im wesentlichen nach.

Die Regierung ihrerseits handhabte dieselben in möglichst milder Form und vermied einen offenen Konflikt mit dem Klerus. Auch der neue päpstliche Nuntius, Jacobini, wirkte in versöhnlichem Sinn, und allmählich fügte sich, mit Ausnahme von Tirol, die Geistlichkeit den Schulgesetzen und leisteten die Bischöfe die Anzeigepflicht. Unzweifelhaft war damit ein bedeutender Fortschritt erreicht, daß die Kirche unter das Gesetz gebeugt wurde, anstatt dem Staat als gleichberechtigte Macht gegenüberzustehen.

Indes war durch die kirchenpolitische Gesetzgebung, welcher sich die liberale Mehrheit mit ganzem Eifer widmete, deren Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Dingen abgezogen, ihr Gesichtskreis allzusehr verengt worden.

Nichts war geschehen, um das Deutschtum durch Gesetze und Institutionen zu stärken, die Stellung des Deutschen als Staatssprache zu sichern und dem Slawismus zeitig einen Damm entgegenzusetzen. Die sogenannten "Jungen" der Verfassungspartei, eine Fraktion, welche bei den Neuwahlen 1873 hervortrat und 65 Sitze errang, verlangten zwar, daß in den deutschen Kronländern das deutsch-nationale Interesse betont und zu diesem Zweck auch deren Autonomie vermehrt werden müsse. Aber die durchaus zentralistisch gesinnte Mehrheit der Verfassungspartei wollte hiervon nichts wissen und eine Gefahr für die Herrschaft der Deutschen nicht anerkennen. Allzusehr wogen bei deren Führern ... die freisinnigen Grundsätze vor. ...

Seit Graf Andrassy die auswärtige Politik Österreichs leitete, hatte sich das Verhältnis zu Deutschland immer freundschaftlicher gestaltet. Unter deutscher Vermittlung fand auch eine

Versöhnung mit Rußland statt, und im September 1872 erschienen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander II. in Begleitung ihrer obersten Minister in Berlin, wo das Dreikaiserbündnis geschlossen wurde; durch dasselbe verbanden sich die drei Reiche zu gemeinschaftlichem Handeln in den europäischen Angelegenheiten, besonders im Orient, damit dadurch der allgemeine Friede gesichert werde.

Als nun dennoch infolge der von Rußland ausgehenden panslawistischen Wühlereien die orientalische Krise 1875 mit den Aufständen in Bosnien und Bulgarien ausbrach, war die Stellung Österreich-Ungarns insofern schwierig, als die verschiedenen Nationen des Reiches mit ihren Sympathien in den entgegengesetzten Lagern standen, die Ungarn türkenfreundlich, die Polen russenfeindlich waren, die Südslawen und Tschechen dagegen für den Panslawismus schwärmten. Die Deutschen wünschten vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens, welche auch die finanziellen Verhältnisse dringend erheischten.

Österreich lehnte daher eine Beteiligung am Krieg gegen die Türkei durch bewaffnetes Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina ab, erlangte jedoch Anfang 1877 von Rußland für das Versprechen seiner Neutralität das Zugeständnis, daß die an Österreich grenzenden Lande Bosnien und die Herzegowina sowie Serbien nicht in den Krieg hineingezogen und erstere nach dem Krieg von Österreich besetzt werden sollten.

Dieser Vertrag wurde streng geheimgehalten, und die Regierung hatte nun die schwierige Aufgabe, die erregte öffentliche Meinung bei den verschiedenen Stämmen der Monarchie zu beschwichtigen und Ausschreitungen bei den Kundgebungen zu unterdrücken. ...

Die russischen Niederlagen im Sommer 1877 wurden ... (in Ungarn) mit Flaggen und Illumination gefeiert. Andrassy ließ in den Kammern beider Reichshälften dem gegenüber erklären, daß das Hauptziel seiner Politik sei, eine europäische Komplikation zu vermeiden, daß er aber bei der definitiven Gestaltung der Dinge im Orient den der Lage und den Interessen der Monarchie entsprechenden Einfluß unter allen Umständen geltend machen werde.

Die unerwarteten Erfolge der Russen im Winter 1877-78, ihr unaufhaltsames Vordringen in Rumelien, endlich der Waffenstillstand von Adrianopel, wodurch Rußland Herr der Balkanhalbinsel wurde, machten allerdings alle die Voraussetzungen zunichte, unter denen Andrassy sich Anfang 1877 zur Neutralität verstanden hatte. Er regte daher bei den Mächten die Berufung einer Konferenz über die Orientfrage an, welche überall Anklang fand. ...<<

Rußland: Der russische Panslawist General Fadejew fordert im Jahre 1870 die Vereinigung aller slawischen Stämme unter russischer Führung (x272/201): >>... Seit der Entstehung des Nationalbewußtseins in Europa entwickelte sich aus der geschichtlich überkommenen orientalischen Angelegenheit eine bei weitem wichtigere, nämlich die allslawische.

Der Osten bedeutete früher die Türkei und den Islam, nun bedeutet er Rußland, das Slawentum und die Orthodoxie.

Die Hauptgegner des ersteren wird nicht mehr der Westen, sondern Mitteleuropa oder das deutsche Volk sein und insbesondere die österreichisch-ungarische Monarchie. ...

Rußland muß den Brüdern jenseits der Grenzpfähle seine Arme öffnen und in stetiger geistiger Verbindung mit ihnen leben.

Sie werden den Schutz Rußlands suchen, wenn sie aus seiner Politik erkennen, daß es hinter ihnen steht und die slawische Fahne nicht auf kurze Zeit, sondern kraft seines geschichtlichen Berufes erhebt. ...

"Das Slawentum ist ein kosmischer Nebel, der durch ein zusammenfassendes Gravitationszentrum eine Welt werden kann. Jedes Brudervolk ist deshalb zu befreien und die Unabhängigkeit aller durch einen engen Bund mit Rußland sicherzustellen."

Nach innen ist den Bundesmitgliedern weitgehende Selbständigkeit zu gewähren; nach außen wird die slawische Staatengesellschaft nur ein einziges Reich bilden dürfen. ...<<

Osmanisches Reich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Ge-

schichte des Türkischen Reiches von 1870-1871 (x815/930): >>(Türkisches Reich) ... Rußland, seit 1864 durch Ignatjew in Konstantinopel vertreten, hatte unaufhörlich und mit wachsendem Erfolg daran gearbeitet, seine durch den Krimkrieg verlorene Stellung im Orient wiederzugewinnen.

Da Ignatjew in Griechenland nicht mehr einen ohnmächtigen Schützling, sondern einen gefährlichen Nebenbuhler sah, so trat er fortan nicht sowohl als Protektor der orthodoxen Kirche als der slawischen Untertanen der Türkei auf.

Von ihm angestachelt, verlangten die Bulgaren ihre Loslösung von dem griechischen Patriarchat in Konstantinopel und erlangten im März 1870 auch wirklich die Errichtung eines eigenen Exarchats.

Um die Autorität der Westmächte zu erschüttern, stellte Rußland im Oktober 1870 während des deutsch-französischen Krieges die Forderung, daß das durch den Pariser Frieden Rußland auferlegte Verbot, auf dem Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu halten, aufgehoben werde.

Die Pforte suchte vergeblich Hilfe bei Europa: Frankreich war zu Boden geschmettert, England hatte sich durch seine egoistische Politik im Sommer 1870 um alles Ansehen und allen Einfluß gebracht, und auf der Londoner Konferenz im März 1871 mußte sich die Pforte dem von Bismarck unterstützten russischen Verlangen fügen.

Nach diesem Erfolg setzte Ignatjew seine Bemühungen, kein vernünftiges Verwaltungssystem aufkommen zu lassen, die Türkei mit Europa zu verfeinden, im Inneren durch Unruhen und dergleichen zu zerbröckeln und so die völlige Unterwerfung derselben unter Rußland herbeizuführen, rastlos fort, und es gelang ihm, Mahmud Nedim Pascha durch Bestechung, den Sultan durch die Aussicht auf russische Unterstützung seines Thronfolgeplans völlig in seine Gewalt zu bringen. ...<<

Italien, Kirchenstaat: Nach dem Abzug der französischen Truppen besetzen im Jahre 1870 italienische Truppen den Kirchenstaat. Rom (die Hauptstadt Italiens) und der restliche Kirchenstaat werden anschließend mit dem italienischen Königreich vereinigt, obgleich der Papst gegen die Auflösung des Kirchenstaates protestiert.

Papst Pius IX. (1792-1878, Papst von 1846-78) ruft im Jahre 1870 ein Konzil nach Rom, um die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestätigen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1870-1875 (x809/82-84): >>(Italien) ... Als 1870 der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, war Viktor Emanuel geneigt, den Dank, den er Napoleon III. und der französischen Nation zu schulden glaubte, damit abzuzahlen, daß er ihnen gegen Deutschland bewaffneten Beistand leistete. Dies verhinderte das Ministerium Lanza-Sella, ließ sich aber, als Napoleon dem italienischen Kabinett Anzeige von der bevorstehenden Räumung des Kirchenstaates durch seine Truppen machte, noch bereit finden, auf die Septemberkonvention von 1864 zurückzukommen und die Integrität des päpstlichen Besitzes anzuerkennen.

Aber die Katastrophe von Sedan änderte die gesamte europäische Lage. Die italienische Regierung war außerstande, dem einmütigen Ruf der Nation nach Roms Besitz längeren Widerstand zu leisten.

Am 7. September 1870 richtete der Minister des Äußeren ein Rundschreiben an seine Vertreter bei den fremden Mächten, worin er ihnen mitteilte, daß die italienische Regierung die für die gemeinsame Sicherheit des Papstes und Italiens notwendigen Punkte des römischen Gebietes besetzen werde, daß sie aber nach wie vor bereit sei, sich mit den Mächten über die Sicherung der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes zu verständigen.

Gleichzeitig rückten die italienischen Truppen in den Kirchenstaat ein. Nur zum Schein, und um die äußere Gewalt konstatieren zu können, befahl der Papst, Rom zu verteidigen. Erst nachdem (eine) Bresche geschossen war, zog die Armee Viktor Emanuels am 20. September in das jubelnde Rom ein.

Der Vatikan blieb dem Papst zu ausschließlichem Besitz. Ein schon früher an den Papst gerichtetes Schreiben Viktor Emanuels blieb ebenso ohne Wirkung wie die späteren Schritte der Regierung, eine Versöhnung herbeizuführen. In der Enzyklika vom 1. November exkommunizierte Pius IX. alle Urheber und Teilnehmer der Besetzung Roms; aber das Dekret des Königs vom 8. Oktober, welches die Einverleibung Roms aussprach, blieb nichtsdestoweniger unangefochten. Die am 2. Oktober vorhergegangene Volksabstimmung hatte das Resultat, daß unter 167.000 Wählern 135.600 ihre Stimmen abgaben und 134.000 mit Ja und 1.507 mit Nein stimmten.

Kurz vorher hatte der Papst das vatikanische Konzil vertagt, welches die Unfehlbarkeit seiner Entscheidungen über Glauben und Sitte dekretiert hatte. Nach dieser maßlosen Selbstüberhebung erfolgte der jähe Sturz und der Zusammenbruch der weltlichen Macht des Papsttums. Obwohl nun eine Verständigung zwischen der päpstlichen Kurie und Italien nicht möglich war, bemühte sich die Regierung doch, der katholischen Welt den Beweis zu liefern, daß das Oberhaupt derselben in Rom ganz unabhängig sei.

Die im Mai 1871 publizierten sog. Garantiesetze gewährten dem Papst alle Bürgschaften. Die Person des Papstes wurde darin für heilig und unverletzlich erklärt gleich der des Königs und mit strengen Strafen jede Ehrenkränkung des Papstes bedroht. Der Papst behielt seine Leibgarde und seine Residenzen, welche volle Immunität genossen und namentlich auch zur Zeit eines Konklaves jeder Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit unzugänglich sein sollten. Selbst eigene Post und Telegraphen zu halten, gestatteten die Garantiesetze dem Papste. Die päpstlichen Gesandten und die der fremden Staaten beim Papst genossen die Bürgschaften des Völkerrechts. Der Papst sollte seine kirchlichen Erlasse in Rom durch Plakate und auf jede Weise ohne Staatskontrolle veröffentlichen können.

Der König verzichtete auf seine Patronatsrechte bei Ernennung der Bischöfe. 5 Millionen Lire, welche bei der Einnahme Roms sich im Staatsschatz vorfanden, wurden dem Papst zurückgestellt und ihm von seiten des Staates eine jährliche Dotation von 3.225.000 Lire ausgesetzt.

Diese günstigen Bestimmungen wurden von dem Papst zwar im wesentlichen dadurch wirkungslos gemacht, daß er sich jeder Versöhnung unzugänglich erwies und am 15. Mai noch einmal feierlich keine Garantie von der ... Regierung annehmen zu wollen erklärte; vielmehr spielte Pius IX. die heuchlerische Rolle des Gefangenen im Vatikan weiter, ohne freilich die unfehlbare Leitung der Kirche aus der Hand zu geben.

Indes, unterstützt von dem leichten Temperament des Volkes, ließen sich König und Regierung hierdurch wenig anfechten. Am 26. Januar 1871 war von den Kammern die Verlegung des Regierungssitzes nach Rom beschlossen und am 10. März die Expropriation (Enteignung) von zehn großen Klöstern daselbst zur Unterbringung der Ministerien angeordnet worden. Am 30. Juni folgte die Verlegung, am 2. Juli hielt der König seinen glänzenden Einzug in Rom ... Die meisten auswärtigen Gesandten verlegten ebenfalls ihren Sitz nach der neuen Hauptstadt, wodurch die Mächte ihre Anerkennung des Geschehenen aussprachen.

Am 27. November 1871 wurde das Parlament auf dem Monte Citorio in Rom eröffnet durch eine Thronrede des Königs, welche das Werk seines Lebens, die Einheit Italiens, hiermit für vollendet, für die Zukunft die Organisation der Freiheit und Ordnung als die höchste Aufgabe erklärte.

Vor allem galt es, die Finanzen des Staates zu regeln. Da man der Herstellung des Einheitsstaates bisher alle anderen Rücksichten untergeordnet und für die Errichtung einer starken Land- und Seemacht und deren stete Kriegsbereitschaft wiederholt große Anleihen zu wenig günstigen Bedingungen kontrahiert hatte, so waren die Staatsschulden auf 8 Milliarden, ja mit Zurechnung der Schatzscheine und Banknoten mit Zwangskurs auf 10 Milliarden gestiegen, die jährlich 460 Millionen an Zinsen erforderten. Die Regelung der Finanzen und die Beseiti-

gung des Defizits ... erwiesen sich daher als schwieriger, als man gedacht (hatte), obwohl die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit 1861 einen ungeheuren Aufschwung genommen und die regelmäßigen Einkünfte sich außerordentlich vermehrt hatten ...

Minghetti übernahm am 16. Juli 1873 den Vorsitz im Ministerium und die Finanzen. Es gelang ihm in der Tat, infolge von Ersparnissen, verbunden mit der natürlichen Vermehrung der Einnahmen, das Defizit 1875 aus dem Budget zu beseitigen und durch ein neues Bankgesetz die Abschaffung des Zwangskurses für das Papiergeld anzubahnen.

Von besonderer Bedeutung wurde das Ministerium Minghetti für die auswärtige Politik Italiens. Die Haltung Frankreichs nach dem deutsch-französischen Krieg flößte Italien allerdings einige Besorgnis ein.

Thiers war stets ein ebenso heftiger Gegner der Einheit Italiens wie der Deutschlands gewesen; um so bereitwilliger ging er daher auf die Wünsche der Klerikalen ein, die, über die Besetzung Roms von Wut entbrannt, am liebsten die Schmach von 1870 durch einen Kreuzzug nach Italien getilgt hätten. Es blieb nicht nur der französische Botschafter beim Vatikan, sondern Thiers gab ihm 1872 auch einen Militärattaché bei und empfing beim internationalen metrischen Kongreß in Paris den Pater Secchi als Gesandten des Souveräns des Kirchenstaates, wogegen er damit zögerte, den Sitz des französischen Gesandten am italienischen Hofe von Florenz nach Rom zu verlegen. Im Hafen von Civitavecchia ankerte eine französische Fregatte, der Orénoque, um im Notfall den Papst bei der Flucht aus der Gefangenschaft aufzunehmen.

Da Italien Bedenken tragen mußte, allein einen Krieg mit Frankreich zu wagen, so suchte es bei den Ostmächten, Österreich und Deutschland, eine Stütze.

Nachdem bereits 1872 Kronprinz Humbert nebst Gemahlin einen Besuch in Berlin gemacht (hatten), trat, nach Thiers' Sturz und nach dem Emporkommen der Ultramontanen in Frankreich im Mai 1873, der König selbst in Begleitung Minghettis und des auswärtigen Ministers Visconti-Venosta im September 1873 eine Reise nach Wien und Berlin an, welche in Italien mit großen Beifallsbezeugungen begleitet, und durch welche Italiens Anschluß an das Dreikaiserbündnis besiegelt wurde.

Hierdurch wurde die italienische Regierung so gekräftigt, daß sie Frankreich gegenüber energischer auftreten konnte, im Oktober ihren Gesandten Nigra von Paris zeitweilig abberief und das Klostersgesetz, welches die Aufhebung fast aller Klöster und den Verkauf ihrer Güter anordnete, auch in Rom streng durchführte. Frankreich gewährte Italien 1874 die Genugtuung, daß es die Fregatte Orénoque abberief. Im Frühjahr 1875 erwiderte Kaiser Franz Joseph in Venedig, im Oktober Kaiser Wilhelm in Mailand die Besuche des Königs. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1870-1880 (x815/86-87): >>(Spanien) ... Endlich gelang es dem Ministerpräsidenten Prim, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone zu bewegen, und am 4. Juli 1870 beschloßen Regent und Ministerium, dessen Kandidatur den Cortes vorzuschlagen. Der unerwartete Einspruch Frankreichs vereitelte dieselbe, da der Erbprinz am 12. Juli auf seine Kandidatur verzichtete, um nicht Ursache eines großen Krieges zu werden. Als der deutsch-französische Krieg dennoch ausbrach, verhielt sich die spanische Regierung, welche sich sofort mit dem Verzicht des Prinzen einverstanden erklärt hatte, streng neutral.

An Stelle des Hohenzollern gewann Prim in dem Herzog Amadeus von Aosta, dem zweiten Sohn des Königs Viktor Emanuel von Italien, einen neuen Thronkandidaten, der am 16. November von den Cortes mit 191 gegen 98 Stimmen zum König gewählt wurde.

An demselben Tag, an welchem König Amadeus in Cartagena landete, am 30. Dezember 1870, starb Marschall Prim, der 27. am Dezember in Madrid von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Damit verlor der junge Herrscher seine festeste Stütze. Dennoch trat er am 2. Januar 1871 die Regierung an und beauftragte Serrano mit der Bildung eines Kabi-

netts.

Die Granden gaben Amadeus ihre Geringschätzung in schroffster Weise zu erkennen; eine Anzahl Offiziere verweigerte den Eid. Die Wahlen für die Cortes im März ergaben eine knappe Mehrheit für die Regierung; unter der Opposition befanden sich 60 Republikaner und 65 Karlisten, welche den König aufs heftigste angriffen. Dabei war unter den Anhängern des Königs keine Einigkeit: Serrano wurde von dem ränkevollen Zorrilla, einem radikalen Progressisten, schon im Juli aus dem Ministerium gedrängt, der sich aber auch nur bis zum Oktober an der Spitze der Regierung behauptete.

Der konservative Progressist Sagasta, seit Ende 1871 Ministerpräsident, erlangte nach der Auflösung der Cortes bei den Neuwahlen im April 1872 eine Mehrheit und machte im Juni wieder Serrano Platz, der gegen die Karlisten mit Erfolg gekämpft, ihnen aber in der Konvention von Amorevieta (24. Mai 1872) Amnestie gewährt hatte, um die Ruhe in Spanien herzustellen.

Hierfür verlangte er vom König außerordentliche Vollmachten, die derselbe jedoch auf Anstiften Zorrillas verweigerte. Dieser trat am 16. Juni wieder an die Spitze des Kabinetts, vermochte aber weder den Parteikämpfen in den neuen Cortes, in denen die ministerielle Mehrheit immer deutlicher ihre republikanischen Grundsätze kundgab, noch den Aufständen im Land ein Ende zu machen. Überzeugt, daß er keine feste Autorität in dem unterwühlten Land gewinnen könne, dankte Amadeus am 10. Februar 1873 ab und begab sich über Lissabon nach Italien zurück.

Die Cortes erklärten sofort mit 256 gegen 32 Stimmen Spanien für eine Republik und erwählten Figueras zum Präsidenten, einen föderalistischen Republikaner, der die Befugnisse der Zentralregierung und der Cortes auf das Notwendigste beschränken, den Provinzen, Städten und Gemeinden aber möglichst ausgedehnte Autonomie gewähren wollte. ... Nachdem die Anhänger des Einheitsstaates verjagt worden waren, errangen die Föderalisten bei den Corteswahlen am 10. Mai eine erdrückende Mehrheit. Figueras erschien dieser nicht extrem genug, und Pi y Margall trat an seine Stelle, unter dem völlige Anarchie eintrat.

Im Norden breiteten sich die Karlisten wieder aus; der Prätendent Don Karlos nahm in Estella sein Hauptquartier.

In den großen Städten des Südens, wie Malaga, Cadiz, Sevilla und Cartagena, suchten die roten Kommunisten (Intransigenten) durch sofortige Verwirklichung der Föderativrepublik ihre Herrschaft zu begründen, proklamiertem die Autonomie Andalusiens, errichteten Wohlfahrtsausschüsse und bemächtigten sich mehrerer Kriegsschiffe.

Die Cortes sahen nun die Notwendigkeit ein, Karlisten und Intransigenten energisch zu bekämpfen. Zu diesem Zweck trat der bisherige Föderalist Castelar am 9. September an die Spitze der Regierung, vertagte die Cortes, nachdem er sich zu Ausnahmemaßregeln hatte ermächtigen lassen, suspendierte am 21. September die konstitutionellen Garantien und verkündete die Kriegsgesetze in voller Strenge.

Sevilla, Malaga und Cadiz wurden sofort unterworfen, Cartagena mußte aber regelrecht belagert werden und ergab sich erst am 12. Januar 1874. Im Norden machten die Karlisten immer größere Fortschritte, und das Gebaren der Cortes, die nach ihrem Zusammentritt (2. Januar 1874) Castelar jeden Dank für seine energische Tätigkeit verweigerten und ihn zum Rücktritt zwangen, ließ das Schlimmste befürchten: da ließ Serrano am 3. Januar durch den General Pavia die Versammlung auseinander sprengen und trat als Präsident der Exekutivgewalt an die Spitze einer neuen Regierung, die sich vor allem die Beendigung des Karlistenkrieges zum Ziel setzte.

Der Kampf drehte sich um Bilbao, das die Karlisten seit dem Dezember 1873 belagerten. Zwar zwang Serrano sie im Mai, die Belagerung aufzugeben; doch schlugen sie die Regierungstruppen unter Concha vom 25. bis 27. Juni bei Estella, und Don Karlos' Bruder drang

wiederholt über den Ebro, im Juli sogar bis Cuenca vor. Endlich bereitete Serrano für Anfang 1875 einen energischen konzentrischen Angriff auf die Karlisten vor und verstärkte die Armee auf 80.000 Mann, als auch er plötzlich gestürzt wurde.

Nachdem die Versuche, einen fremden Fürsten auf den spanischen Thron zu erheben, gescheitert waren, das Experiment mit der Republik Spanien (zur) völligen Anarchie ... (führte), Don Karlos aber durch seine enge Verbindung mit dem Ultramontanismus und seine barbarische Kriegführung sich unmöglich gemacht hatte, blieb nur der älteste Sohn Isabellas, Alfons, der durch den Verzicht seiner Mutter vom 25. Juni 1870 Erbe der Thronansprüche der jüngeren bourbonischen Linie geworden war, als Kandidat der gemäßigt Liberalen für den Thron übrig. Seine Erhebung erschien besonders den Offizieren als die einzige Rettung aus dem Chaos, und im Einverständnis mit den einflußreichsten Generalen proklamierte Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Sagunto Alfons XII. als König von Spanien.

Die Nordarmee und die Garnison von Madrid erklärten sich für ihn, und Serrano legte sein Amt ohne Widerstandsversuch nieder. Das Haupt der alfonsistischen Partei, Canovas del Castillo, wurde an die Spitze eines liberal-konservativen Ministeriums berufen, welches der König nach seinem Einzug in Madrid (14. Januar 1875) bestätigte. Die neue ... vereinbarte Verfassung hob zwar die Geschworenengerichte, die Zivilehe und die Lehrfreiheit auf und machte dem Klerus noch einige andere Zugeständnisse, um dem Karlismus den Boden zu entziehen; doch versprach sie, ehrlich und mit Mäßigung gehandhabt, eine friedliche und freiheitliche Entwicklung.

Der Karlistenkrieg wurde nun von den Generalen Quesada und Moriones nach einem systematischen Plan und mit ausreichenden Streitkräften geführt und durch die Eroberung von Vitoria (8. Juli 1875), von Seo de Urgel (26. August) und Estella (19. Februar 1876) glücklich beendet; Don Karlos trat am 28. Februar ... auf französisches Gebiet über. Die Fueros der baskischen Provinzen wurden aufgehoben.

Die am 20. Januar 1876 gewählten neuen Cortes, in denen die Regierung eine starke Mehrheit hatte, wurden am 15. Februar vom König eröffnet und genehmigten am 24. Mai die neue Verfassung. ...

Der Aufstand in Kuba wurde Anfang 1878 endlich auch beschwichtigt, allerdings nur durch den Vertrag von Tanjon (10. Februar 1878), in welchem General Martinez Campos den Insurgenten Amnestie, Aufhebung der Sklaverei und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Insel zugestehen mußte. ...

Ministerpräsident Canovas brachte 1880 ein Gesetz über die Aufhebung der Sklaverei in Kuba in den Cortes durch; aus Rücksicht auf die spanischen Finanzen blieben aber die Ausfuhrzölle daselbst sowie die Monopole zu Gunsten des spanischen Handels und Gewerbes bestehen. ...<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1870-1871 (x807/827): >>(Großbritannien) ... Die Regierung erklärte (nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges) alsbald die Neutralität Großbritanniens, was sie aber nicht abhielt, die Ankäufe von Pferden, Kohlen, ja auch Waffen, welche Frankreich in Großbritannien vollzog, trotz der lebhaftesten Reklamationen seitens der deutschen Gesandtschaft zu gestatten; Granville berief sich darauf, daß die Gesetze des Landes ihm nicht erlaubten, gegen diese Ankäufe einzuschreiten.

Die öffentliche Meinung in Großbritannien stand zu Anfang des Krieges im großen und ganzen auf seiten Deutschlands; aber seit der Gefangennahme Napoleons bei Sedan (2. September) neigte sich die Sympathie der französischen Republik zu, und vielfach verübelte man es Deutschland sehr, daß dasselbe nicht nach dem Sturz des Kaisertums den Krieg beendete, ohne für seine Verluste Entschädigung und für die Zukunft Garantien erlangt zu haben.

Freilich schadeten diese Antipathien Deutschland sehr wenig, da die Regierung wohl oder übel an ihrer Neutralität festhielt. Überhaupt verhinderten die militärische Schwäche und die diplomatische Isoliertheit Großbritanniens, die in den letzten Jahren immer deutlicher hervortraten, jeden Einfluß desselben auf die Friedensverhandlungen.

Die gesunkene Autorität Großbritanniens in Europa gab sich noch bei einer anderen Gelegenheit in demselben Jahr kund: als nämlich Rußland die Niederwerfung Frankreichs benutzte, um die Beseitigung der durch die Verträge von 1856 ausgesprochenen Neutralität des Schwarzen Meeres zu fordern, welche Großbritannien als eine besonders bedeutende Errungenschaft des Krimkrieges ansah.

Granville beantwortete die russischen Noten über diese Angelegenheit zuerst in ziemlich schroffem Ton, sah sich aber bald genötigt, da er auf die Unterstützung keiner anderen europäischen Macht rechnen konnte, nach dem Vorschlag des deutschen Reichskanzlers in London Konferenzen zur Beschlußnahme über die Pontusfrage abzuhalten. Dieselben wurden am 17. Januar 1871 eröffnet und endeten im wesentlichen mit einer Bewilligung der russischen Forderung, womit die englische Politik eine offenbare Niederlage erlitt. ...<<

USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1870 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 15. Zusatzartikel (243/101): >>Die Vereinigten Staaten oder ein Einzelstaat dürfen das Wahlrecht von Bürgern nicht wegen deren Rasse, Hautfarbe oder wegen früheren Sklavenstandes vorenthalten oder einschränken.<<

Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1870 rund 38 Millionen Menschen (x262/223).

Afrika: Der britische Forscher David Livingston (1813-1873, unternimmt ab 1849 Entdeckungsreisen in Süd- und Mittelfrika) berichtet im Jahre 1870 über eine arabische Sklavenkarawane, die nach Sansibar unterwegs ist (x190/196): >>... Die ältesten unter ihnen waren Frauen im Alter von 22 bis 24 Jahren und es gab Jugendliche zwischen 18 und 19, doch zum überwiegenden Teil waren es Mädchen und Jungen, die zwischen 7 und vielleicht 14 oder 15 Jahren alt waren. Ich glaube nicht, daß ich jemals einen fürchterlicheren Anblick gesehen habe, als diese Männer, Frauen und Kinder. Wenn ich sagen würde, sie wären ausgezehrt gewesen, würde es Ihnen keine Vorstellung davon geben, was menschliche Wesen hier durchmachen müssen. ...

Jeder hatte einen langen gegabelten Stock um den Hals, der 30 bis 40 Pfund wog und bis 7 Fuß lang war. Die Frauen waren auf brutalste Art gefesselt und aneinandergebunden und die kleinen Kinder ... (hatte man) mit Riemen an ihre Mütter gebunden.

Als wir den Pfad passierten, den die Sklaven gekommen waren, ... zeigte man mir eine Stelle in den Büschen, wo tags zuvor eine arme Frau, die zu erschöpft war, den Weg fortzusetzen und ihn wahrscheinlich verzögert hätte, von einem der Sklaventreiber mit der Axt erschlagen wurde. ...<<

Ein Angehöriger des Bapende-Stammes, der 1870 im Kongo lebt, berichtet über die ersten Begegnungen mit den europäischen Kolonisten (x239/178): >>Unsere Väter lebten behaglich in der Lualaba-Ebene. Sie hatten Vieh und Ackerfrüchte; sie hatten Salzbecken und Bananenbäume.

Plötzlich erblickten sie ein großes Schiff auf der See. Es hatte weiße Segel, die wie Messer blitzten. Weiße Männer kamen aus dem Wasser, die sprachen in einer Weise, die niemand verstand.

Unsere Ahnen fürchteten sich. Sie sagten, das seien Vumbi (Geister), die zur Erde zurückkämen. Sie trieben sie mit Pfeilschauern in die See zurück. Aber die Vumbi spien mit Donnergetöse Feuer. Sehr viele Menschen wurden getötet. Unsere Ahnen flohen.

Die Häuptlinge und Seher sagten, daß diese Vumbi früher die Besitzer des Landes waren. Unsere Väter verließen die Lualaba-Ebene, weil sie eine Rückkehr des Schiffs ... fürchteten. ...

Das große Schiff kam zurück, und wieder erschienen weiße Männer. Sie fragten nach Hüh-

uern und Eiern; sie gaben Kleider und Perlen. Wieder kamen die Weißen zurück. Sie brachten Mais und Maniok, Messer und Beile, Erdnüsse und Tabak.

Von dieser Zeit bis heute haben die Weißen uns nichts als Krieg und Elend gebracht. Nach Luanda brachten sie Erdnüsse, Mais und Maniok und zeigten uns, wie sie angebaut werden.

...<<